

Sieg ohne Frieden

Das IS-Kalifat ist geschlagen. Doch die alten Konflikte bestehen fort

Christoph Reuter | **Es war richtig, dass die USA gegen den IS zu Felde gezogen sind. Es war nur sträflich kurzsichtig, dies inmitten eines mörderischen Krieges in Syrien und eines zutiefst zerrissenen Irak zu tun, ohne sich Gedanken um die Zeit danach zu machen. Eine echte Strategie zur Befriedung der Region gibt es noch immer nicht.**

Mossul, noch jemandem in Erinnerung? Raqqa? Ganz zu schweigen von Hawidscha, Mayadin, Abu Kamal. Der Kampf gegen das selbsterklärte „Kalifat“ des Islamischen Staates (IS), der im Oktober 2016 mit Fanfaren und größter weltweiter Aufmerksamkeit mit dem Angriff auf Mossul begann, ist zum Ende hin immer weiter nach hinten gerutscht im Ranking der Nachrichten. Zum Schluss wurde er kaum noch wahrgenommen – obwohl er sowohl im syrischen Raqqa wie in der irakischen Hochburg Hawidscha ganz anders ausging, als von amerikanischen Militärs immer verkündet worden war. Deren massive Luftunterstützung im Rahmen der Anti-IS-Koalition war an allen Orten entscheidend. Aber ihre Ziele wurden am Ende gänzlich konterkariert.

Dass ein Krieg an medialer Aufmerksamkeit einbüßt, je länger er andauert, ist nicht überraschend und verändert auch nichts am Geschehen. Doch der Krieg gegen den IS, von Washington nach anfänglicher Ignoranz

zum Feldzug gegen das Böse schlechthin deklariert, verlor zum Ende hin nicht nur das Interesse der Medien, sondern auch das der kämpfenden lokalen Parteien. Diese widmeten sich schon wieder ihren alten Feinden aus der Vor-IS-Zeit, als dieser noch gar nicht gänzlich besiegt war.

Wie wenig der Feldzug der USA, der vor allem mit eng koordinierten Luftangriffen und einigen Tausend Special Forces auf syrischem und irakischem Terrain geführt wurde, an den fatalen Verhältnissen in beiden Ländern geändert hat, zeigte sich bereits wenige Tage nach dessen Ende. Mitte Oktober löste das vom damaligen Präsidenten der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, Massud Barzani, forcierte Unabhängigkeitsreferendum eine jähe Rückkehr zu den alten Frontlinien aus: Kurden gegen den Zentralirak. Auch in Syrien war der Anti-IS-Kampf nur ein Krieg innerhalb des größeren Krieges. Einem tragfähigen Frieden ist das Land nicht näher gerückt ist.

Schaut man genauer auf die Position der USA in beiden Ländern, sieht die Lage noch trister aus. In Syrien haben die Amerikaner ausschließlich auf die „Syrian Democratic Forces“ (SDF) gesetzt. Das ist ein Ableger der sektenhaften kurdischen Separatistenorganisation PKK, die ihren Ursprung in der Türkei hat. Die SDF, wie sie sich seit 2015 nennen, sind mithilfe amerikanischer Munition, Waffen und Gefechtsunterstützung zur dominierenden Macht in Nordostsyrien geworden – in tiefster Gegnerschaft zu Amerikas NATO-Partner Türkei, im Kriegszustand mit den verbliebenen syrischen Rebellen und in einer spannungsreichen Koexistenz mit dem Assad-Regime. Als nächsten Gegner haben die SDF, die mittlerweile tief in nichtkurdisches Gebiet entlang des Euphrat vorstoßen, die schiitisch-irakischen Milizen ausgemacht, die ihrerseits für Assad die Hauptlast des Krieges tragen.

Auf der anderen Seite der Grenzriesen der US-Sondergesandte für den Kampf gegen den IS, Brett McGurk, dieselben halb regulären schiitischen Milizen als wertvolle Verbündete bei der Befreiung Mossuls. Vergeblich versuchte McGurk Kurden-Präsident Barzani von der Durchführung des Referendums abzuhalten, das zur sofortigen Spaltung der Anti-IS-Koalition führte – und dazu, dass beide Seiten, von den USA ausgebildet und aufmunitioniert, mit amerikanischen Waffen gegeneinander antraten.

Rascher als erwartet hat sich der grundsätzliche Fehler Washingtons im Umgang mit dem größten Brandherd des Nahen Ostens manifestiert. Oder wie es Ben Connable formulierte, ein pensionierter Aufklärungsoffizier des US Marine Corps: „Dies ist

eine taktische Militärkampagne gewesen, die von Anfang an als Strategie ausgegeben wurde.“ Nur gab es nie wirklich eine Strategie, wie sich die Region nachhaltig befrieden ließ. Es gab noch nicht einmal das Eingeständnis, dass man mit dem Aufrüsten diverser lokaler Hilfstruppen spätere Konflikte womöglich erst anheizen würde. Und deren Fortdauer beste Bedingungen für einen Wiederaufstieg des IS bieten würden.

Im Vakuum von Krieg und Hass

Die IS-Strategen sind stets Virtuosen der Symbolik gewesen. Nichts hatte mehr Strahlkraft und ließ sich besser kombinieren mit frühislamischen Prophezeiungen als ihr riesiges, 2014 rasant erobertes Gebiet. Der Westen und alle, die nun glauben, gesiegt zu haben, sind dieser Symbolik planlos hinterhergestolpert. Allen voran zwei US-Regierungen, die ihren Krieg gegen den IS allem anderen überordneten. Es war richtig, gegen den IS zu Felde zu ziehen. Es war nur sträflich kurzsichtig, dies inmitten eines mörderischen Krieges in Syrien und eines zutiefst zerrissenen Irak zu tun, ohne sich Gedanken um die Zeit danach zu machen. Der IS gedieh im Vakuum von Krieg und Hass. Seine Präsenz und seine Bekämpfung haben die Kräfteverhältnisse etwas umsortiert, und nun sind wir wieder in diesem Vakuum angekommen. Für den IS geht es zurück in den Untergrund, wo er sich auch früher schon geschmeidig bewegt hat.

Wie rasch der Hauptfeind von gestern absorbiert wird durch die Kämpfe von morgen, illustriert das Ende der Kämpfe um dessen letzte zwei Hoch-

Eine Strategie, die die Region befriedet, hat es nie gegeben

Alle Beteiligten be- logten einander und den Rest der Welt

burgen. In Raqqa schlossen die kurdischen Kommandeure einen Deal mit den verbliebenen IS-Kämpfern und deren Familien. Sie erhielten freien Abzug, und zwar auch die ausländischen Kämpfer. Das stellte Omar Al-loush vom „Zivilrat Raqqa“ klar, einem handverlesenen Gremium der kurdischen Führung. Dabei handelte es sich nicht nur um einige hundert Personen, wie der Sprecher der Koalition, Oberst Ryan Dillon, anfangs angab. Nach Recherchen der BBC wurde bis zu 4000 Menschen, IS-Kämpfern und Angehörigen, die Flucht ermöglicht, und zwar unter Mitnahme ihrer Waffen. „Wir wollten das nicht“, so Dillon später: „Aber das ist das Herz unserer Strategie, durch und mit lokalen Anführern. Am Ende ist es Sache der Syrer, sie kämpfen und sterben, sie müssen ihre operativen Entscheidungen treffen.“

Die Entscheidung der kurdischen SDF-Führung war simpel: Kräfte schonen für die nächsten Gegner. Die vollständige Einnahme der verminten und untertunnelten Viertel des westlichen Zentrums hätte vermutlich Hunderte Menschenleben gekostet. Und die verbliebenen IS-Emire waren nach den letzten verheerenden US-Luftschlägen am 10. und 11. Oktober bereit, kampfflos abzuziehen. Die SDF wollten sie loswerden, raus aus ihrem Herrschaftsgebiet. Der weitere Verbleib der IS-Schergen war ihnen egal. Nicht so den Amerikanern, die eine „Auslöschung“ des IS versprochen hatten. Aber so, wie sie den Kampf delegiert hatten, delegierten sie auch die Entscheidung über seine Beendigung. Daher endete er auf eine Weise, die den US-Plänen gänz-

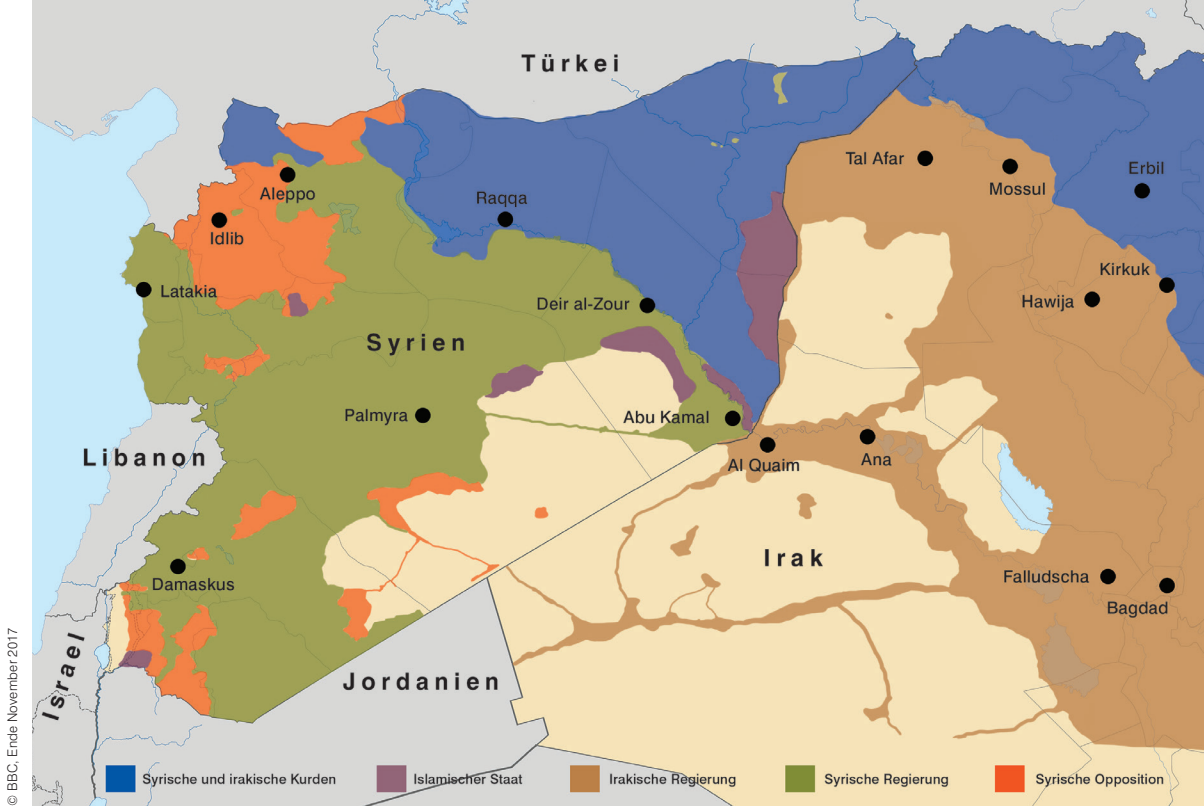
lich widersprach. Es flohen nicht nur lokale syrische Kämpfer, wie es zunächst hieß, sondern auch Ausländer: Franzosen, Tschetschenen, Usbeken, Briten. So die übereinstimmenden Aussagen von Lastwagenfahrern und Schmugglern, nach denen sich die Entkommenen in die syrische Wüste, in die Nordwestprovinz Idlib oder sogar in die Türkei zurückzogen.

Lokale Milizen als Hilfstruppen

Den verlustreichen Bodenkampf einfach auszulagern an lokale Milizen, klang so verlockend praktisch, dass die Amerikaner es seit Beginn ihrer Offensive als neues Erfolgsmodell priesen. Mit dem Namen „Syrian Democratic Forces“ wollte man diese Milizen der türkischen Regierung schmackhafter machen, erzählte der US-General und Befehlshaber des Special Operations Command ganz offen auf dem Aspen Security Forum im Juli 2017: „Ich dachte, es war ein brillanter Streich, im Namen da irgendwo das Wort Demokratie unterzubringen.“

Washington glaubte, man müsse den örtlichen Hilfstruppen nur einreden, wer ihr Hauptfeind sei. Und den eigenen Vorgesetzten wie Verbündeten einreden, dass die lokalen Stellvertreter glauben, was sie ihren Geld- und Waffengebern erzählen. Auch wenn von Anfang an klar war, dass alle Beteiligten einander und den Rest der Welt belügen.

Es war, auf den ersten Blick, eine bunte Truppe, die vor Raqqa antrat, um den IS aus seiner wichtigsten Bastion in Syrien zu vertreiben. Offiziell gehörten alle zu den SDF, die Kurden und Araber vereinen sollten. Außer den SDF-Wimpeln sah man die Schulterabzeichen anderer kurdischer Milizen wie YPG, YPJ, YCR und HCP,



gelegentlich die syrische Flagge mit drei Sternen, dem Signet der „Freien Syrischen Armee“, von denen einige kleine Gruppen sich den SDF unterstellten hatten. Etwa ein Zehntel der Kämpfer waren Araber (nicht 60 Prozent, wie das Pentagon behauptete), der Rest syrische Kurden.

Nur ein Logo tauchte nirgends auf. Das jener straff organisierten Kaderorganisation, die hier alle Fäden in der Hand hielt: der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Gegründet 1978 als marxistisch angehauchte Separatistengruppe im türkischen Diyarbakir, hat sie sich über die Jahrzehnte in einen hocheffektiven Machtapparat verwandelt, der schon seit Langem weit über die Türkei hinausreicht. Jenseits der Kürzel unterstehen alle Gruppen derselben obersten Führung, die schon seit den neunziger Jahren auf den weitläufigen Höhenzügen des Qandil-Gebirges im Nordirak Zuflucht gesucht hat und dort kurdische Freiwillige aus der Tür-

kei, Syrien, Irak und Iran militärisch wie ideologisch schult. Wie ein Heiliger wird PKK-Gründer Abdullah „Apo“ Öcalan verehrt, der seit 1992 auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali einsitzt und dessen Porträt überall in Nordostsyrien zu sehen ist.

Für ihre syrischen Kader hatte der Bruder von Abdullah Öcalan 2004 die PYD und ihren militärischen Arm, die YPG, gegründet. Seit 2001 haben sich beide in größter Wendigkeit durch die Wirren des Krieges in Syrien bewegt: Erst schlossen sie ein Abkommen mit Assads Führung, sich nicht am Aufstand zu beteiligen; im Gegenzug durften sie seit 2012 alle kurdischen Gebiete Syriens kampflos unter ihre Herrschaft bringen. Als der IS 2014 die kurdische Enklave Kobane belagerte, hätte er sie erobert, wäre nicht die US-Luftwaffe in letzter Minute zu Hilfe geschickt worden.

Die YPG, die Miliz der kurdischen „Democratic Union Party“ (PYD), passte perfekt ins Kalkül der

Obama-Regierung: Der damalige US-Präsident wollte nur den IS, nicht Assad bekämpfen. Das aber wollten die syrischen Rebellen nicht, die von Assads Luftwaffe fortwährend bombardiert wurden. Die YPG hingegen passte sich den amerikanischen Wünschen an. Nur hatte sie noch eine eigene Agenda, vor der Washington allerdings fest die Augen verschloss.

Anfang 2017 erklärte US-Verteidigungsminister James Mattis, dass die YPG ihr engster Verbündeter in Syrien sei – während die USA gleichzeitig in Treue fest zur Türkei stünden, wenn es um die PKK gehe, die ja auch in den USA als Terrororganisation gelistet sei: „Wir stimmen hundertprozentig mit der Türkei bezüglich der PKK überein und unterstützen sie als NATO-Mitglied in ihrem Kampf gegen die PKK.“ Beharrlicher lässt sich die Wirklichkeit nicht leugnen. Es ist Hybris, anzunehmen, dass die lokalen Verbündeten keine eigene Agenda haben, oder diese aufgeben, wenn man sie nur darum bittet.

Araber gegen Kurden

Im irakischen Hawidscha, wo noch mehr IS-Kämpfer ausharrten als in Raqqa, gab es einen ähnlichen Deal des IS mit der kurdischen Autonomieregierung. Nach Zeugenaussagen entkamen Anfang Oktober Hunderte Männer, und zwar unter ausdrücklich erwünschter Mitnahme ihrer schweren Waffen, ins Kurdengebiet. Anschließend hätten sie erleichtert gewirkt. Nicht wie festgenommene Terroristen, eher wie eine vorläufig festgesetzte Kampftruppe, über deren weitere Verwendung noch Unklarheit herrscht. Barzanis Motiv war dassel-

be wie in Raqqa: Kräfte schonen für die kommenden Kämpfe.

Der irakische Vizepräsident Nuri al-Maliki schäumte vor Wut und verlangte die sofortige Überstellung der IS-Gefangenen nach Bagdad: Sonst würde er persönlich an der Spitze von Panzertruppen kommen, um sie abzuholen. Dazu kam es nicht, aber das Verhältnis zwischen Kurden und Zentralregierung ist abermals so vergiftet wie 2013, als Bagdads Panzerseinheiten tatsächlich südlich von Kirkuk standen und ein Krieg drohte.

Über das jähe Ende der Schlacht um Hawidscha wurde international nicht einmal mehr berichtet. Und die Panzer aus Bagdad stehen seit Mitte Oktober noch etwas weiter nördlich als vier Jahre zuvor. Diesmal rollen sie bis nach Kirkuk und darüber hinaus. Denn der Irak ist mit voller Wucht wieder da angekommen, wo das Land vorher stand: Araber gegen Kurden, Bagdad gegen Erbil. Die mit amerikanischen (und deutschen) Waffen und Ausbildern hochgerüsteten Kurden stimmten am 25. September in einem Referendum für ihre Unabhängigkeit – und darüber hinaus für die Annexion der Ölmetropole Kirkuk. Dazu gehören auch jene Gebiete, die ihre Truppen im Sommer 2014 unter Kontrolle gebracht hatten, als die irakische Armeeführung paralysiert war vom IS-Blitzvorstoß.

Das ging krachend schief: Iraks Premier Haidar Abadi ließ die Armee (ebenfalls aufgerüstet von den USA) sowie die von Teheran kontrollierten schiitischen Milizen gen Kirkuk rollen. Binnen Stunden büßten die Kurden am 16. Oktober alle gewonnenen Gebiete und die ertragreichen Ölquellen rings um Kirkuk ein. Darüber hinaus verloren die beiden herr-

**Das gleiche Motiv:
Kräfte schonen für die
nächsten Kämpfe**

schenden Parteien jedes Ansehen im Volk: Barzanis KDP, weil sie das Referendum gegen alle Warnungen forciert hatte. Und die PUK, gegründet vom ehemaligen irakischen Präsidenten Dschalal Talabani, weil sie sich diskret mit Bagdad verständigt hatte: kampfloser Rückzug aus Kirkuk im Tausch gegen Zusagen von Geld und politischer Aufwertung von Sulaimaniyya, der PUK-Hochburg und Konkurrentin der Hauptstadt Erbil. So zogen im Morgengrauen des 16. Oktober die PUK-Truppen kampflos aus Kirkuk ab – dem „kurdischen Jerusalem“, das sie bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen geschworen hatten. Knapp 60 PUK-Peschmerga starben, die den Befehl zur Flucht verweigert hatten.

Was dies für eine Gegend wie Kurdistan bedeutet, wo Stolz so wichtig wie Geld ist, lässt sich kaum überschätzen. „Schande, Schande, ich schäme mich, Kurde zu sein“, schrieben viele auf Facebook. Bei einem Interview des wichtigsten kurdischen Senders Rudaw TV brachen erst die Peschmerga, dann der Interviewer in Tränen über diesen schmachvollen Verrat aus.

Niemand spricht mehr von Mosul, der einstigen Millionenstadt, die erst im Juli vom IS befreit wurde. Auch die Befreiung Raqqas wird bald vergessen sein, übertönt von den kommenden Kämpfen darum, wer die Ruinenstadt beherrschen wird: die kurdischen Truppen, die alles daran setzen, ihr Terrain zu konsolidieren – oder die Armee von Baschar al-Asad und seinen Hilfstruppen aus dem Irak, Libanon und Afghanistan.

Und die USA, die den Kampf gegen den IS maßgeblich vorangetrieben haben? Sie würden im Irak nun

nicht Partei ergreifen, sagte Präsident Trump. Was Washington betreibt, ist Politik als Wille ohne Vorstellung.

Der IS hat sich durch sein Terrorregime und seinen frühzeitigen Verzicht auf jedes Bemühen, seine Untertanen auch zu loyalen Anhängern zu machen, so diskreditiert, dass eine Rückkehr unter demselben Namen unwahrscheinlich ist. Aber sofern nur genügend Führungskader überlebt haben, steht seinem Wiederaufstieg unter verändertem Emblem und weniger totalitärer ideologischer Ausrichtung kaum etwas im Wege. Im Gegenteil: Die Verhältnisse, Krieg, die wachsende Kluft zwischen Schiiten und Sunniten, die Entrechtung und Vertreibung der Sunniten im Zentralirak begünstigen mehr noch als 2014 eine erneute Ausbreitung.

Das IS-Kalifat ist Geschichte, zumindest als Herrschaft über Städte und Land, mit Grenzen und Fahnen. Doch mit seinem langfristigen Ziel des Schürens von Hass zwischen den beiden großen Glaubensgruppen ist der IS einen großen Schritt vorangekommen. Man kann diese Organisation auch als ein Symptom sehen, das nur zum Vorschein kommt, wenn die Umstände günstig sind. Die USA haben nun das Symptom besiegt – aber gleichzeitig die Umstände ignoriert und damit noch verschlimmert.

„Schande, Schande,
ich schäme mich,
Kurde zu sein“



Christoph Reuter
ist Reporter des *Spiegel*
und viel in der Region
unterwegs. 2015 ver-
öffentlichte er über
den IS das Buch „Die
schwarze Macht“, 2017
„Mein Leben im Kalifat“
(mit Maryam A.).